

KOMMENTAR

29.09.2011, 00:00 Uhr

„Das Projekt Euro krank an der Politik“

von Josef Joffe

Der Weg in die ökonomische Hölle ist immer mit guten politischen Absichten gepflastert. Das ist der Kern der Euro-Krise. Denn das Projekt Euro krankt an der Politik.



Das Euro-Zeichen vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main.

Quelle: ddpd

Düsseldorf. Es ist schon alles gesagt worden über den Euro. Von allen. Und mehrfach. Was bleibt also, zumal niemand weiß, ob und wie die Währung gerettet werden kann? Eine Lehre, und zwar für die Zukunft, lässt sich heute schon ziehen. Auf Englisch lautet sie knapp und prägnant: "Bad economics makes bad policy." Etwas weitschweifiger: Wer die Gesetze der Wirtschaft missachtet, wird auch mit den besten politischen Absichten scheitern.

Der Euro war immer ein politisches Projekt, auch wenn er reichlich ökonomischen Gewinn versprach. Er würde den Aufwertungsdruck von der D-Mark nehmen, deutsche Exporte sichern, eine Gegenwährung zum Dollar aufbauen. Aber vergessen wir nicht, wann sich die Vorläufer zum Euro mauserten. Dieser Autor hat den Moment in einer (fiktiven) Filmszene festgehalten - nachzulesen in "The Euro: The Engine That Couldn't" im "New York Review of Books" vom 4. 12. 1997: "Es ist März 1990, Helmut Kohl und François Mitterrand sitzen zusammen im Elysée-Palast. Mitterrand ist melancholisch. Seit dem Fall der Mauer hat er alles versucht, um die Wiedervereinigung zu stoppen oder zu bremsen, aber vergebens. Mürrisch starrt er ins Kaminfeuer, derweil sein Freund Helmut ihm gut zuredet. "François, heute ist nicht 1871, als das neue Reich auf den Trümmern des französischen Stolzes errichtet wurde. Heute haben wir die Freundschaft, die Europäische Union, eine komplett in der Nato integrierte Bundeswehr. Heute ist weder 1914 noch 1939. Meine Landsleute wienern ihre BMWs, nicht ihre Knobelbecher." Mitterrand starrt schier endlos ins Feuer. Dann bricht es aus ihm heraus: "Bon, Helmut, wir machen es so: Du kriegst das ganze Deutschland, ich kriege die halbe D-Mark." Ende der Szene.

Der Euro ist also eine politische Währung. Die D-Mark war Abbild der wirtschaftlichen Vorherrschaft der Deutschen, und jetzt fielen auch noch die Fesseln der Teilung. Wie die Nachbarn beruhigen, wenn nicht mit noch mehr Integration, mit einem deutschen Gulliver, der sich selber die Stricke anlegt? Ganz so selbstlos war Kohl natürlich nicht. Der Euro sollte eine größere D-Mark sein - mit einer EZB, die so unabhängig und inflationsallergisch wäre wie die Bundesbank, mit einem Stabilitätspakt, der am deutschen Fiskal- und Finanzwesen die ganze EU genesen ließe.

Es half nichts, dass damals so viele Ökonomen wider den Euro löckten, mit dem Nobelpreisträger Robert Mundell über den "optimalen Währungsraum" räsonierten, welcher die Euro-Zone nicht sei. Dass die Pflicht

zur Konvergenz nicht greifen würde (siehe Italien, jetzt alle PIIGS). Dass der Euro - so die Metapher im "Review" - einem Zug aus lauter zusammengekoppelten Lokomotiven glich, wo jeder (nationale) Führer nach Gutdünken heizen konnte. Ergo: Die Kupplungen brechen, oder der Euro-Express entgleist.

Entweder Disziplinar- oder Transferunion

Wie das Malheur verhindern? Die Kritiker dozierten: Entweder die schlimmsten Heizer bessern sich, indem sie ihre Verschwendungssucht zügeln und ihre Märkte liberalisieren. Oder die anderen müssen Kohle nachschießen. Also: entweder eine Disziplinar- oder eine Transferunion.

Entkopplung war tabu - anti-europäisches Teufelszeug. Heute wissen wir, wie es ausging: Es regiert die Transferunion, solange die Deutschen zahlen. Oder es kommt die Zahlungsunfähigkeit, dahinter gar die "systemische Krise". Oder ein Neo-Euro mit verträglichen Wirtschaftskulturen, die sich in einem "optimalen Währungsraum" vereinen. Viele wären nicht dabei: Deutschland, Finnland, Österreich, Holland, vielleicht Frankreich; dazu als informelle Mitglieder Rest-Skandinavien, die Schweiz und das Baltikum.

Die Nörgler haben also recht behalten mit ihrer grauen Wirtschaftstheorie. Genauer aber droht das politische Projekt an der Politik zu scheitern. Wieso sollen Nationen in schlechten Zeiten die schmerzlichen Reformen anpacken, die sie in guten Zeiten verweigert haben? Wenn Sparsamkeit den Niedergang noch beschleunigt? Ein prominenter Athener Ökonom: "Die Regierung hat ein Jahr lang nichts getan, um die Privatisierung voranzutreiben, den Staatssektor zu reduzieren und abgeschottete Räume zu öffnen."

Regierungen denken zuerst an sich, dann an privilegierte Gruppen, zuletzt an die Gesamtverantwortung. Deshalb haben die Heizer immer weiter geheizt, deshalb hat sich der Club Med nicht dem teutonischen Fiskalregiment unterworfen.

Was wird aus dem segensreichen europäischen Experiment? Zwei Antworten: Seit Anbeginn folgt auf jeden Rückschlag einer neuer Aufschlag; das ist der historische Trost. Zweitens: Europa möge sich nicht zu viel vornehmen, also mit gutem Willen schlechte Wirtschaftspolitik betreiben.

Der Euro hätte den Verzicht auf Haushaltssouveränität verlangt, doch die ist das älteste Vorrecht der Parlamente. Dazu die Angleichung der politischen Kulturen. Aber wieso sollten die Deutschen "italienischer" werden - oder umgekehrt? Die Moral von der Geschichte: Die Latte niedriger legen, sonst reißt Europa sie auch beim nächsten Mal.

© 2011 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG**

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: **Content Sales Center** | [Sitemap](#) | [Archiv](#)

Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: **vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG** | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.